

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute Vormittag habe ich im Plenum des Deutschen Bundestages für die SPD-Fraktion in der Debatte um die **Einführung eines allgemeinen und flächen-deckenden gesetzlichen Mindestlohns** gesprochen. Die von „Ersatzsozialminister“ Westerwelle ange-stoßene Debatte, mit der er unterbezahlte Facharbei-ter gegen Hartz IV-Empfänger ausspielt, zeigt: Wir brauchen den Mindestlohn. Es gehört zum Selbst-wertgefühl eines Menschen, dass er von einer Voll-zeitarbeit seine Familie ernähren kann. Es ist unred-lich, wenn Familienministerin Kristina Schröder und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen dies in Talk-shows fordern – und in der politischen Realität den Mindestlohn verhindern! Meinen Redebeitrag finden Sie anbei.

Auch wenn die Koalition erst nach der NRW-Wahl am 9. Mai den angekündigten Umbau des Gesundheits-systems angehen wird, macht sich der Wechsel im Gesundheitsministerium von Ulla Schmidt zur FDP bemerkbar: Die **Zusatzbeiträge**, die jetzt von ren **Krankenkassen** erhoben werden, wären meidbar gewesen. Schwarz-Gelb hätte der benentwicklung in der gesetzlichen rung schnell und entschlossen entgentreten müs-sen. Ich bin mir sicher: Schon bald werden sich viele



**Berlin-Brief, Ausgabe 70
5. März 2010**

Meine Termine

34. Landkreisversammlung
08.03.2010, 10:00 h, Wiesloch

**Projektgruppe "Gut und sicher leben"
des SPD-Landesvorstands**
09.03.2010, 17:00 h, Stuttgart

Internationales Frauenfest
13.03.2010, Haus der Familie, Heilbronn

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekom-men? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Menschen wieder die zu Unrecht gescholtene Ulla Schmidt zurück wünschen!

Die Zusatzbeiträge stellen faktisch den **Einstieg in die** von Union und FDP angekündigte einkommensunabhängige **Kopfpauschale** dar. Zusammen mit der Festschreibung des Arbeitgeberanteils wird die paritätische Finanzierung aufgegeben. Die Lasten der künftigen Ausgabenentwicklung werden ausschließlich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auferlegt. Gute medizinische Leistungen werden nur noch über private Zusatzversicherungen zu bekommen sein.

Wir Sozialdemokraten fordern in einem Antrag, dass ein Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung eingeführt wird. Die kassenindividuellen Zusatzbeiträge sollen gestrichen und die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder paritätisch finanziert werden. Wir fordern die Bundesregierung darüber hinaus auf, bis Ende des Jahres ein Konzept zur Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung vorzulegen.

Die SPD führt aktuell eine **Kampagne gegen die Kopfpauschale** durch. Zeigen Sie Flagge und unterschreiben Sie: <http://www.spd.de/petition/kopfpauschale/index.html>

Wir hatten nun im Bundestag zwei intensive Sitzungswochen in Folge, und auch die kommende Woche beginnt mit einem bedeutenden Tag: Am 8. März ist **Internationaler Frauentag**! Für mich ist das ein wichtiger Tag, um unsere Forderungen nach Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben zu erneuern. Wir haben dies in einem Antrag verdeutlicht, der am Donnerstag im Plenum behandelt wurde. Es geht uns vor allem darum, dass Frauen für gleiche oder gleichwertige Arbeit genauso entlohnt werden wie Männer. Auch fordern wir weitere Schritte, um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben zu verbessern. Übrigens: Auch von einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn würden gerade Frauen profitieren, da ihr Anteil an geringfügiger Beschäftigung und Teilzeit besonders groß ist.

Mit freundlichen Grüßen

